

## 2024 Sonderausgabe

Sonderausgabe 2024 mit Rückblick auf die größten EU-Erfolge in der Nachhaltigkeitsförderung für Produktion und Konsum während der Legislaturperiode 2019 bis 2024 des europäischen Parlaments. Diese Zeitung ist Teil einer Kampagne zur Europawahl, die unterstützenswerte Handlungsvorschläge für die nächste Legislaturperiode macht.

# Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch im internationalen Vergleich: EU hat die Nase vorn



Junge Leute forderten einen Wandel auf der Veranstaltung „Fair Pride“ in Paris © Fédération Artisans du Monde

## Kommentar der ersten weiblichen Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch

In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2017 verpflichtete sich die

Europäische Union dazu, als Vorreiter die Agenda 2030 sowie die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der UN umzusetzen. Das Maßnahmenpaket zu den SDGs wurde schließlich drei Jahre später, im Jahr 2020, angenommen – dank des vereinten Drucks europäischer Bürger\*innen und der Beharrlichkeit europäischer Abgeordneter wie mir. Anfang 2019 war ich im Rahmen meiner Wahlkampfaktivitäten für die Europaparlamentswahlen viel im öffentlichen Raum unterwegs. Damals gingen in vielen Städten tausende Schüler\*innen auf die Straße und forderten von der EU, mehr gegen den Klimawandel zu unternehmen. Ich erinnere mich noch sehr gut wie ihre Stimmen eine unmissverständliche Botschaft

riefen: „Es gibt keinen Planet B!“ Auf politischen Treffen und in Diskussionen hörte ich die schweren Bedenken und all die Fragen zu den Konsequenzen unserer Lebensweise als EU-Bürger\*innen für die Erde und die restliche Bevölkerung dieses Planeten. Viele Menschen fühlten sich hilflos und meinten: „Ich kann mir keine Bio-Produkte leisten“. Andere waren überzeugt, dass man als Einzelperson sowieso nichts verändern kann: „Wenn bloß ich fair gehandelte Produkte kaufe und regionale Lebensmittel esse, wird das weder das Leben all der Bäuer\*innen verändern, noch die Umwelt retten.“ Mir wurde klar, dass die Menschen eine Unterstützung in Form gezielter politischer Maßnahmen benötigen. We-

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, zum Abschluss einer weiteren Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (2019-2024) präsentieren wir Ihnen diese Spezialausgabe der Fair Times. Wir blicken zurück auf die wichtigsten Erfolge der Europäischen Union in Sachen Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch über die vergangenen fünf Jahre. Die Frist für die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) 2030 endet in absehbarer Zeit, der Klimawandel stellt eine permanente Bedrohung dar und an einer Kurswende in unseren Konsum- und Produktionsgewohnheiten führt kein Weg vorbei – doch ist die EU diesen Herausforderungen gewachsen?

Während sich im Jahr 2019 Politiker\*innen im Wahlkampf für einen Sitz im EU-Parlament befanden, protestierten Schüler\*innen in ganz Europa für ihre Rechte und forderten lautstark die Bekämpfung des Klimawandels ein. Mit großer Freude konnten wir in den letzten Jahren immer häufiger über junge Leute berichten, die mehr Verantwortungsbewusstsein und Taten von Politiker\*innen fordern. Außerdem hatten wir diverse inspirierende Geschichten über regionale Gruppen zu vermelden, denen es gelungen ist, ihr Umfeld in Eigeninitiative umzugestalten und zu regenerieren. Auch wurden wir nicht müde, mehr EU-Förderungen solcher Initiativen zu fordern.

Von der EU in der vergangenen Legislaturperiode ergriffene Maßnahmen haben einen gesellschaftlichen Wandel unserer Konsum- und Produktionsgewohnheiten bewirkt, die nun gerechter für Mensch und Umwelt sind. Auch wenn es noch viel zu tun gibt, haben unsere Politiker\*innen doch begriffen, wie wichtig es ist, dass sie ihre Entscheidungen auf mehr als bloßen Preiswettbewerb gründen. Umfragen belegen, dass die Bevölkerung die von der EU ergriffenen Maßnahmen befürwortet, was den nächsten EU-Abgeordneten grünes Licht gibt, diesen Weg weiter zu beschreiten.

Zwar sind die ergriffenen Eilmaßnahmen Grund und zu einer gewissen Erleichterung, doch wir können es uns nicht leisten, uns darauf auszuruhen. Der Grundstein für einen Wandel ist gelegt. Das ist Anlass zur Hoffnung. Doch nun liegt es in unserer aller Verantwortung dafür zu sorgen, dass auf diesem Fundament eine gerechtere Welt für alle entsteht! Von daher appellieren wir hier an Sie – mischen Sie mit! Und zwischendurch empfehlen wir Ihnen, in dieser Ausgabe weiterzulesen...

Die Herausgeber\*innen

[More Inside >](#)

gen dieser Stimmen und unter der visionären Führung meiner Partei in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Abgeordneten erhält das zuvor vernachlässigte Thema Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch nun volle politische Aufmerksamkeit. Dennoch bedurfte es stundenlanger Diskussionen und Verhandlungen zwischen den Fraktionen, bis der Entwurf vorlag und die Resolution des Europäischen Parlaments über Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch im Januar 2020 angenommen wurde. Die Resolution forderte die EU auf, Verpflichtungen einzugehen, die die Ziele und Indikatoren der SDG 12 übertrafen, insbesondere in Bezug auf die Sorgfaltspflicht für Unternehmen. Dass diese Forderungen dann in den Zagreb-2020-Verpflichtungen zu Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch enthalten waren, ist aus meiner Sicht der größte Erfolg der EU der vergangenen Jahre. Dank dieser Prinzipien verfügen wir heute über systematische Verfahren: eine ständige Berichterstatterin für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch im Europäischen Parlament, sowie den Jahresbericht der Europäischen Kommission und die Schlussfolgerungen des Rates zum Fortschritt auf dem Weg zur Erfüllung der Zagreb-Verpflichtungen.

Diese Systematisierung hat zur Verabschiedung der neuen EU-Vorschriften zur Sorgfaltspflicht, Berichterstattung und Verantwortung in Lieferketten beigetragen. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung können europäische Verbraucher\*innen sicher sein, dass ein gerechter Anteil des Preises, den sie für ein Produkt oder eine Dienstleistung zahlen, all diejenigen

erreichen wird, die an der Herstellung beteiligt waren oder von der Produktion beeinträchtigt wurden. Sie können sich außerdem sicher sein, dass der Preis die Gesamtkosten für die Herstellung und Konsumtion von Produkten in Bezug auf Umwelt und Gesellschaft widerspiegelt. Dennoch gibt es weiterhin viel zu tun. Als erste Person, die das Amt der Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch inne hat, bin ich jedoch stolz auf das, was bisher erreicht wurde. Mein nächstes Ziel ist die Überführung der Regeln des Welthandels in Regeln eines weltweiten Fairen Handels: Ich hoffe, dass es eines Tages nur noch eine „Weltfairhandelsorganisation“ statt einer Welthandelsorganisation gibt!

## Die neue Normalität: Ethische und nachhaltige Mode

Die Zeiten, als europäische Verbraucher\*innen nicht wussten, wer die von ihnen gekaufte Kleidung wie und wo hergestellt hat, sind vorüber! Ebenso wie bereits Bio-Lebensmittel und -Läden allgegenwärtig sind, ist nun auch ethisch und nachhaltig produzierte Kleidung sowohl im Fach- als auch im allgemeinen Einzelhandel für Verbraucher\*innen in ganz Europa erhältlich. Was als Nischenmarkt begann, hat sich zu einem starken Trend entwickelt. Wegweisende junge Unterstützer\*innen und Fashionistas leben vor, wie cool Upcycling und ausgebelebte Kleidungsstücke sein können

und vermitteln Werte wie Qualität vor Quantität beim Einkauf. Dank des Engagements einer parteiübergreifenden Arbeitsgruppe aus Parlamentsmitgliedern, zukunftsgerichteten EU-Mitgliedsstaaten und einer mutigen Europäischen Kommission verabschiedete die Europäische Union im Jahr 2021 einen Meilenstein für ihrer Gesetzgebung, wodurch europäische Verbraucher\*innen mit Zuversicht einkaufen können. Das neue Gesetz sieht vor, dass Unternehmen, die ihre Kleidung in Europa verkaufen wollen, dafür Sorge zu tragen haben, dass in den Produktionsstätten die Menschenrechte eingehalten werden, sichere Arbeitsbedingungen herrschen und Arbeiter\*innen existenzsichernde Löhne erhalten – egal wo sie sich auf der Welt befinden. Das Gesetz verleiht Verbraucher\*innen, Arbeiter\*innen, Bäuer\*innen und allen anderen interessierten Gruppen das Recht, Auskunft von Unternehmen über die von ihnen verwendeten Rohstoffe zu erhalten – z.B. ob diese gewisse schädliche Chemikalien oder genetisch veränderte Organismen enthalten und ob die Bäuer\*innen, die die Rohstoffe angebaut haben, im Gegenzug genug Geld für ein existenzsicherndes Einkommen erhalten haben. „Wir stehen hinter diesem Gesetz, denn wir haben uns von Anfang an dafür stark gemacht, den europäischen Verbraucher\*innen qualitativ hochwertige, nachhaltige und ethische Textilien anzubieten“, meinte die Aufsichtsratsvorsitzende eines führenden europäischen Textilindustrieverbands.

## Historisches Urteil in Rechtsstreit zwischen Staat und Investoren

Der Europäische Gerichtshof fällte im vergangenen Jahr ein historisches Urteil, als er die Entscheidung Griechenlands zur Einstellung des Kohleabbaus seines größten Kohlekonzerns für rechtmäßig erklärte. Unter Berufung auf die rechtlich bindenden Ziele für umweltfreundliche Energie, denen sich Griechenland verschrieben hat, und auf die EU-Anforderungen zu erneuerbaren Energien wies das Gericht die Klage eines Hauptinvestors der Kohlefirma ab, dass die Entscheidung die berechtigterweise zu erwartenden zukünftigen Profite schmälern würde.

Dies Urteil ist das erste seiner Art nachdem sich die Europäische Union entschlossen hatte, von Handels- und Investitionsabkommen zurückzutreten, die eine Klausel zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat (Investor-State Dispute Settlement, ISDS) enthalten. Dies hatte zur Folge, dass solche Streitigkeiten nun zuerst vor einem nationalen Gericht angehört werden müssen und erst danach vor dem Europäischen Gerichtshof Einspruch eingelegt werden kann. Die Entscheidung zum Rücktritt von Verträgen mit ISDS-Klausel erfolgte nachdem das Europäische Parlament anhaltenden Druck auf die EU-Kommission und den Ministerrat ausgeübt hatte, ISDS-Mechanismen zukünftig nicht mehr in Handels- und Investitionsabkommen aufzunehmen und von bestehenden Abkommen mit einer solchen Klausel zurückzutreten. Die Vorsitzende des Ausschusses für internationalen Handel des EU-Parlaments meinte, sie hoffe, dieses Urteil sendet nicht nur das Signal, dass die EU es ernst meint mit ihrem Engagement gegen den Klimawandel, sondern dass es außerdem Investoren in der europäischen Energiebranche wach rüttelt, sich nach den Pflichten zu richten, die die europäischen Mitgliedsstaaten gegenüber ihren eigenen Bürger\*innen, gegenüber der EU und der internationalen Gemeinschaft haben – gleichgültig, ob es um Klimawandel, Menschenrechte oder Umweltschutz geht.

## Mehrheit der europäischen Bevölkerung für Politik, die für sozial- und umweltverträgliche Modelieferketten sorgt.



### Gerechte Löhne

„Modemarken sollten gesetzlich dazu verpflichtet sein, anzugeben, ob sie den Arbeiter\*innen, die ihre Produkte herstellen, einen gerechten, existenzsichernden Lohn zahlen“

**72%** stimmen voll / eher zu

### Menschenrechte

„Modemarken sollten gesetzlich zur Einhaltung der Menschenrechte aller an der Herstellung ihrer Produkte beteiligten Personen verpflichtet sein“

**72%** stimmen voll / eher zu

### Nachhaltigkeit

„Die Regierung muss einen Beitrag dazu zu leisten, dass Kleidung (einschließlich Schuhe und Accessoires) nachhaltig hergestellt werden“

**68%** stimmen voll / eher zu

### Umwelt

„Modemarken sollten für den gesamten Herstellungsprozess ihrer Produkte gesetzlich zum Schutz der Umwelt verpflichtet sein“

**75%** stimmen voll / eher zu



Junge Generationen beteiligen sich an agrarökologischen Verfahren © Sebastien Pins/CIDSE

## Nachhaltige öffentliche Beschaffung: zwei Fliegen mit einer Klappe

Die Zeiten, in denen die für öffentliche Beschaffung Verantwortlichen einzig auf den Preis achteten, wenn sie Kaufentscheidungen über Produkte und Dienstleistungen trafen, sind nun vorbei. Seit Verabschiedung der UN-Nachhaltigkeitsziele 2015 versuchen immer mehr Behörden, ihre Nachhaltigkeitsziele über die gezielte Verwendung öffentlicher Gelder zu erreichen. Mit Strategien wie der Beauftragung örtlicher Sozialunternehmen bis zur Nutzung ethischer Finanzdienstleister für ihre Bankgeschäfte, der Verwendung von Bio- und fair gehandelten Produkten in ihren Kantinen, dem Kauf von Textilien aus Fairem Handel, sowie der Ergänzung von Menschenrechtsklauseln in Kaufverträge für elektronische Geräte, übernehmen öffentliche Auftraggeber in ganz Europa eine Vorreiterrolle mit praktischen Strategien für eine konsequente Anwendung der Richtlinie. Als Deutschland 2020 den Vorsitz im EU-Rat inne hatte, stellte die erste Präsidentin des Europäischen Rates die Frage: „Wie kann die Welt uns glauben, dass es Europa mit den Entwicklungszielen ernst meint, wenn wir nicht die Beschaffungspraxis europäischer Behörden verändern?“ Ein Jahr später entschied die Europäische Kommission, nachhaltige Beschaffung zu einem der wichtigsten Hebel innerhalb ihrer Strategie zur Um-

setzung der SDGs 2021 zu erklären. Damals kündigte der für die Umsetzung der Agenda 2030 zuständige EU-Kommissar an: „Die Kommission wird ein Programm schaffen, über das alle öffentlichen Auftraggeber, insbesondere kleine Kommunen, bei Bedarf das nötige Fachwissen erhalten, damit die gesamte öffentliche Beschaffung aus EU-Geldern bis 2030 nach Nachhaltigkeitskriterien arbeitet. Die Gewinner sind hierbei sowohl Europa, das hierdurch noch nachhaltiger wird, als auch Unternehmen, die begriffen haben, dass sie mehr Erfolg haben, wenn sie öffentlicher und privater Kundschaft nachhaltige Lösungen anbieten.“ Auch das Europäische Parlament hat seinen Teil dazu beigetragen. Im Jahr 2020 sorgten die neu gewählten Abgeordneten dafür, dass die interne Richtlinie des Europäischen Parlaments über die öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln, Textilien und elektronischen Geräten sowie alle Ausschreibungen grundsätzlich Kriterien zur Nachhaltigkeit und zu den Menschenrechten enthalten müssen.

## Gemeinsam für mehr Nachhaltigkeit: 1 + 1 = 3

Die EU-Wettbewerbskommissarin hat seit ihrer Anhörung als designiertes Kommissionsmitglied vor dem Europäischen Parlament im September 2019 deutlich gemacht: Die EU-Wettbewerbspolitik kann nicht isoliert von Europas gesellschaftlichen Zielsetzungen betrachtet werden. Sie erklärte in der Anhörung, der Kern des Problems sei das rigorose

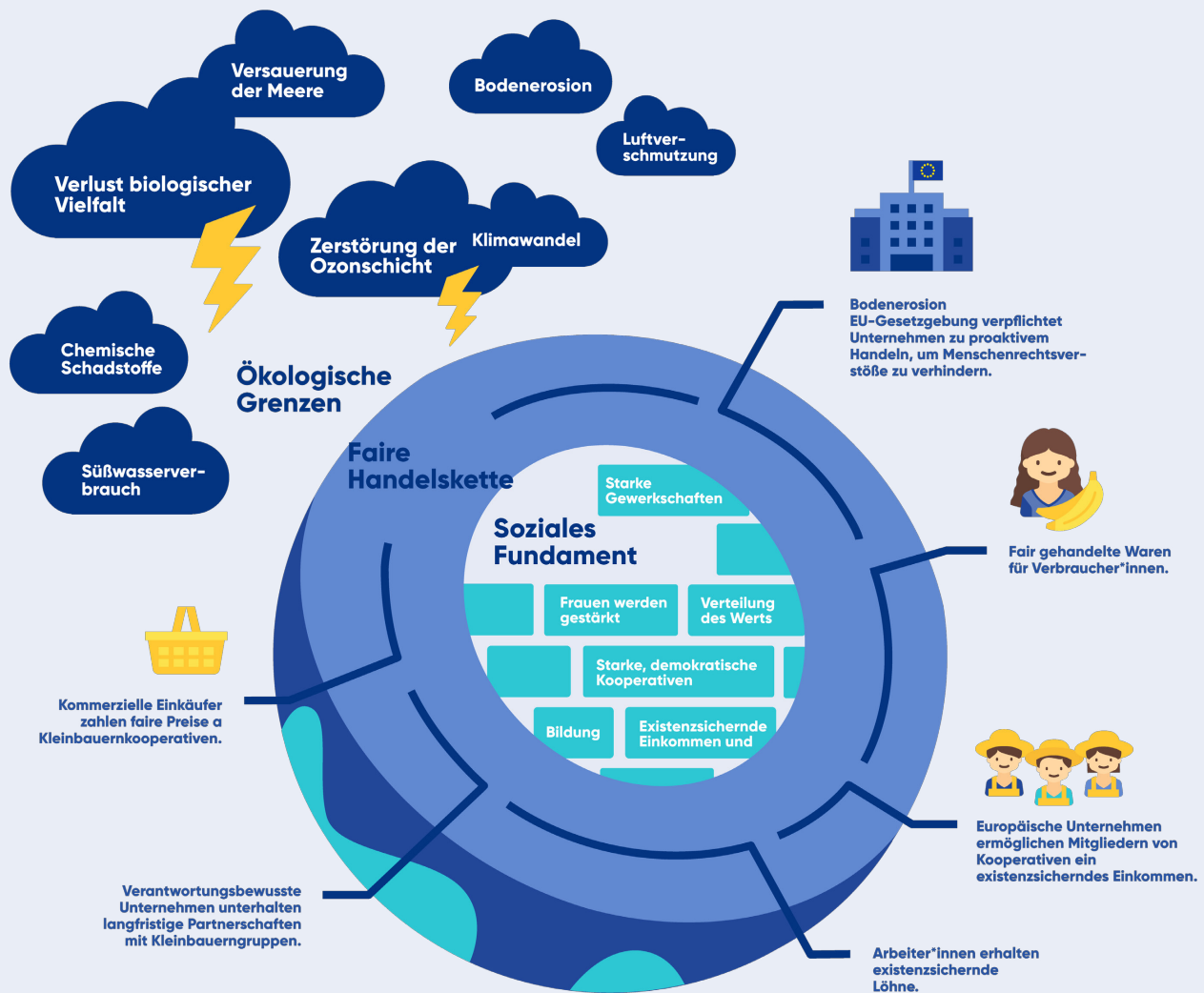
Kartellrechtsdogma der EU und der nationalen Wettbewerbsbehörden Europas, die sich auf eine Interpretation des Wettbewerbsrechts berufen, die traditionell niedrige Preise als das Hauptziel betrachtet. In den letzten Jahren ließ sich dies jedoch immer weniger rechtfertigen, da mehr und mehr EU-Bürger\*innen ihre Bedenken über die Auswirkungen von Lieferketten auf Menschenrechte und die Umwelt äußerten, betonte sie. Im Jahr 2021, nach Rücksprache mit Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament, veröffentlichte die Europäische Kommission einen lange erwarteten Leitfadens, wie sich branchenweite Absprachen zur Einhaltung der Menschenrechte und zur Förderung nachhaltiger Produktion, und somit auch Preise und Löhne für Bäuer\*innen, treffen lassen, ohne gegen das Wettbewerbsgesetz zu verstoßen. Diese Handreichung der Europäischen Kommission wurde sowohl von Jurist\*innen als auch von der Zivilbevölkerung überwiegend begrüßt, denn sie sorgte für mehr Klarheit des Regelwerks und zeigte, wie weit derartige Absprachen gehen dürfen. 2022 verpflichteten sich nach einer breit angelegten zivilgesellschaftlichen Kampagne viele europäische Einzelhandelsketten in einer branchenweiten Einigung dazu, dass in der Produktion von Exportbannanen tätige Frauen und Männer bis zum Jahr 2024 existenzsichernde Löhne erhalten. Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft im EU-Parlament kommentierte: „Ich begrüße die Tatsache, dass das EU-Wettbewerbsrecht nicht mehr als Vorwand dienen kann, Maßnahmen gegen die Ausbeutung von Bäuer\*innen und der Umwelt entlang der Lieferketten nicht anzugehen.“

## Projektausschreibung

### EU-Forschungsprogramm „Horizont Europa“ startet Projekt zur Einführung von Agrarökologie und nachhaltiger Anbaumethoden

Die Europäische Kommission ruft zur Einreichung von Projektvorschlägen für die zweite Phase der „Mission A“ auf, wobei das „A“ für „Agrarökologie“ steht. Dieser landwirtschaftliche Ansatz bringt ökologische Konzepte und Prinzipien zur Anwendung, um die Wechselwirkung zwischen Pflanzen, Tieren, dem Mensch und der Umwelt zu optimieren und versucht externe Betriebsmittel auf ein Minimum zu beschränken bzw. vollständig zu umgehen. Das grundlegende Ziel von Mission A besteht in einer Transformation europäischer Landwirtschaftsbetriebe und Unterstützung für Landwirt\*innen bei der Umstellung auf agrarökologische Verfahren. Im Jahr 2019 drängte das Europäische Parlament auf die Aufnahme eines zukunftsweisenden agrarökologischen Forschungsprogramms in das EU-Forschungsrahmenprogramm. Der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses Industrie und Forschung betonte damals, dass „Forschungsprioritäten soziale Erwartungen reflektieren sollten und eine entscheidende Rolle für unsere Landwirt\*innen bei der Umstellung auf Agrarökologie spielen.“ Die von Erfolg gekrönten agrarökologischen Verfahren, die in der ersten Phase von „Mission A“ untersucht wurden, werden nun in der zweiten Projektphase in großem Maßstab überall in der Europäischen Union zur Anwendung kommen. Die Zielsetzungen dieser neuen Projektausschreibung umfassen: die allgemeine Etablierung agrarökologischer Verfahren in der EU; den Ausbau eines Netzwerks agrarökologischer Demonstrationsbetriebe; den Aufbau eines starken EU-weiten Netzwerks für Beratungsangebote für alle europäischen Landwirt\*innen; und die Ausarbeitung von Prioritäten für innovative Maßnahmen und Verfahren, die sich innerhalb der gesamten EU übernehmen und anpassen lassen, u.a. in Bezug auf den Aufbau von Lieferketten, die Anreize für diese neuen Verfahren geben. Zu den vorrangigen Themen gehören großflächiger Zwischenfruchtbau, Einsatz des Internets der Dinge auf Kleinst- und heterogenen Anbauflächen, sowie die Kommunikation von Pflanzen mit Mikroorganismen. Interessenten bewerben sich über die Website von Horizont Europa.





## Faire Lieferketten: Entwicklungsbeitrag innerhalb der planetarischen Grenzen.

Die größte Aufgabe der Menschheit im 21. Jahrhundert besteht in der Befriedigung unserer aller Bedürfnisse im Rahmen der Möglichkeiten unseres Planeten. Die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts stand in den letzten Jahrzehnten im Mittelpunkt der Wirtschaft. Dies hat viele Gesellschaften in immer extremere soziale Ungleichheit katapultiert und treibt uns alle einem ökologischen Kollaps entgegen. In einer Welt mit komplexen, globalen Lieferketten stellt sich die Frage, wie wir sicherstellen können, dass unsere Handelspraktiken eine solide Lebensgrundlage für alle Beteiligten gewährleistet, z.B. Bildung und ein existenz-

sicherndes Einkommen, während wir gleichzeitig darauf achten, die lebenserhaltenden Systeme der Erde, wie ein stabiles Klima und gesunde Böden, von denen auch unsere eigene Existenz abhängt, nicht zu sehr unter Druck zu setzen.

Dies gehört zu den Herausforderungen, denen sich die EU mit ihrem Aktionsplan 2022 für nachhaltige Agrarlieferketten gestellt hat. Zu den zentralen Maßnahmen des Aktionsplans gehört ein Gesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, innerhalb ihrer Lieferketten die Menschenrechte einzuhalten und sich umweltbewusst zu verhalten. Seither haben Unternehmen umfangreiche

Maßnahmen ergriffen, um sich rechtlich abzusichern, u.a. zahlen sie nun höhere Preise an ihre Zulieferer, z.B. an Kakaokooperativen in Westafrika. Durch bessere Konditionen wie diese können Bäuer\*innen ein existenzsicherndes Einkommen erzielen und nachhaltige Anbaumethoden anwenden, außerdem ermutigt dies die jüngere Generation ländlicher Regionen, einen Beruf in der Landwirtschaft zu ergreifen.

*In Anlehnung an Kate Raworth, die Donut-Ökonomie: Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München: Hanser Verlag, 2018.*

## Mit einer gemeinsamen Lebensmittelpolitik und Agrarökologie den Klimawandel bekämpfen

Im Rahmen der Veröffentlichung der ersten GAP-Auswertung für den Zeitraum 2021-27 hat die EU-Kommission kürzlich verkündet, dass die nächste Gemeinsame Agrarpolitik in eine Europäische Gemeinsame Lebensmittelpolitik umgewandelt wird, die eine Entwicklung in Richtung Agrarökologie vorantreiben soll. Diese Entscheidung wurde von zivilgesellschaftlichen Organisationen begrüßt, eine Sprecherin betonte: „Agrarökologie bedeutet Fortschritt für die Landwirtschaft. Sie bietet die Lösungen für alle Herausforderungen, mit denen die Landwirtschaft derzeit konfrontiert ist – Klimawandel, Verlust biologischer Vielfalt, Bodendegradation, Wasserverschmutzung – während sie gleichzeitig den Zugang zu Anbauflächen und akzeptablen Lebensbedingungen für Bäuer\*innen gewährleistet.“

Der EU-Kommissar für Lebensmittel und Landwirtschaft erklärte, dass „2019 ein entscheidendes Jahr für Agrarökologie und Klimaschutz war, nicht zuletzt auf Grund der Veröffentlichung des IPCC-Berichts zu Landnutzung und Lebensmittelsicherheit sowie wegen des Gutachtens über Agrarökonomie des UN-Ausschusses für Welternährungssicherung. Der entscheidende Auslöser ereignete sich jedoch 2020, nachdem alle Staaten ihre nationalen Beiträge (Nationally Determined Contributions, NDCs) zum Kampf gegen den Klimawandel unter dem Rahmenabkommen der UN abgeliefert hatten.“

Die Leser\*innen erinnern sich vielleicht daran, wie die NDCs – die offenkundig ungeeignet waren, die Erderwärmung auf 1,5°C zu beschränken, wie es im Pariser Abkommen vereinbart war –, die hieraus resultierende potenzielle Bedrohung der Nahrungsmittelsysteme, sowie der erschreckende Anstieg von Lebensmittelunsicherheit Mobilisierung und Proteste mehrerer Mitgliedsstaaten, EU-Abgeordneten, Landwirt\*innen und Bürger\*innen bewirkte. Dies zwang die EU, ihre Langzeitstrategie 2050 zu überarbeiten und der Reduzierung von Treibhausgasemissionen aus landwirtschaftlichen Quellen und Landnutzung zuzustimmen. Auf Grundlage der Arbeit der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft erkannte die EU, dass Agrarökologie eine Schlüsselrolle im Kampf gegen schädliche Klimaveränderungen zukommen muss.

Und an diesem Punkt wurde der EU-Rat für Lebensmittelpolitik ins Leben gerufen, ausgestattet mit der Vollmacht, die EU einer gemeinsamen Lebensmittelpolitik näher zu bringen. Viele Empfehlungen und Arbeitsergebnisse des Rates wurden bereits in zentrale Strategien und Richtlinien überführt. Dies eröffnete wiederum den Weg zu einer mutigen Überarbeitung der EU-weiten NDCs, die auf der letzten Tagung der Vertragsparteien des UNFCCC (COP29) vor wenigen Monaten vorgestellt wurde.

## Wer den wahren Preis von Lebensmitteln an der Kasse zahlt, macht die Natur glücklich

Das Jahr 2024 wird in die Geschichtsbücher eingehen als das Jahr, in dem Europa und seine Metropolen endlich Maßnahmen ergriffen, die die Umwelt- und Gesundheitskosten intensiver und umweltschädlicher Landwirtschaft einberechnen. Nach so vielen Jahren haben die Beiträge, die die Umwelt zu unseren Gunsten geleistet hat, nun endlich ein Preisschild.

Laut der aktuellen Eurobarometer-Umfrage sehen 95% der EU-Bevölkerung die Klimakrise

und der Umweltschutz als eine politische Priorität. Angesichts der Forderungen aus der Bevölkerung und der neuen Bereitschaft zu politischen Veränderungen

verpflichteten sich die EU und ihre Großstädte, die von ihnen verursachten Umweltbelastungen zu reduzieren.

Die Kampagne startete unter dem Motto „Billig essen kostet mehr“ in fast allen Großstädten Europas und sollte

den Menschen die externen Kosten vor Augen führen, die Wasserverschmutzung und schädliche Emissionen verursachen. Der Vergleich externer Kosten zwischen konventionellen Verfahren im Gegensatz zu biologischen, agrarökologischen Methoden in Kombination mit Fairem Handel erhielt hohe Aufmerksamkeit. Die Kampagne wies Verbraucher\*innen darauf hin, dass die externen Kosten für fair gehandelte Bananen rund 3,19 € pro Kiste betragen, deutlich weniger als der Branchenstandard von 5,90 € pro Kiste. Ein anderes Beispiel beleuchtete die finanziellen Konsequenzen von konventionellem Pestizideinsatz und der daraus resultierenden Grundwasserbelastung. Für einen durchschnittlichen Kartoffelacker entstehen Kosten in Höhe von 1.298 € pro Hektar, während die Grundwasserbelastung eines Bio-Ackers Kosten von nur 0,4 € pro Hektar verursacht.

Nach der von europäischen Großstädten initiierten breit angelegten Mobilisierung wurde es europäischen Verbraucher\*innen endlich

möglich, die tatsächlichen Kosten der von ihnen im Laden gekauften Waren zu sehen, dank der neuen EU-Verordnung 2024/25, die eine einheitliche Vorgabe zu Indikatoren für die Kalkulation tatsächlicher Kosten und Value Pricing macht.

Diese Verordnung ist der

erste Schritt in Richtung gerechter Verteilung von Wert und Macht unter allen Akteuren des Handelssystems und zur Einbeziehung aller Kosten und Leistungen der Lebensmittelproduktion.

Das Jahr 2024 wird uns in Erinnerung bleiben als das Jahr, in dem sich politische Entscheidungsträger\*innen auf unterschiedlichen Ebenen zusammenschlossen, um für greifbare Umweltschutzmaßnahmen zu sorgen und der Bevölkerung den wahren Preis der von ihnen verzehrten Lebensmittel bewusst zu machen.



Daumen hoch für den Fairen Handel! Schüler\*innen fordern ihre Regierung auf, Bäuer\*innen gerecht zu bezahlen.





Kommunale Social Currency-Veranstaltung nahe el Pumarejo im spanischen Sevilla, auf der es um die Förderung von Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch auf lokaler Ebene geht

## Gaswurzelsbewegungen wegweisend für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch

In ganz Europa übernehmen regionale Gruppen eine führende Rolle, wenn es darum geht, auf den Klimawandel und unzählige weitere Umweltkrisen zu reagieren. Es gibt mittlerweile tausende Bürgerinitiativen, die Innovationen für eine nachhaltige, gerechte Zukunft umsetzen, von Kooperativen für erneuerbare Energien über Gemeinschaftshöfe und -gärten, Projekte zur Müllreduzierung bis hin zu sozialen Unternehmen. Diese Initiativen bieten eine Alternative zu einer Konsumkultur, die um jeden Preis Wettbewerb betreibt, und sie tragen zum Wandel unserer sozialökonomischen Systeme bei, damit diese wirklich den Menschen und unserem Planeten zugute kommen. So gibt es in Europa beispielsweise um die 7.000 von der regionalen Bevölkerung betriebene Höfe, die Lebensmittel für rund eine Million Menschen herstellen, und rund 1.500 Kooperativen für erneuerbare Energie (REScoops / renewable energy cooperatives). Nachhaltigkeit und Klimaschutz stellen die größte Motivation für Innovationen aus der Zivilbevölkerung dar. ECOLISE setzt sich für mehr Anerkennung und Unterstützung

für Bürgerinitiativen (community-led initiatives, CLIs) ein und es sieht so aus, als trifft diese Botschaft auf offene Ohren. Allerdings verfügen zivilgesellschaftliche Gruppen jenseits von persönlichem Engagement und einer Vision für ihre Aktivitäten meist nur über geringe Ressourcen. Sie haben außerdem oft mit gesetzlichen Hürden zu kämpfen, sind zu sehr auf Freiwillige angewiesen und verfügen weder über Finanzierungsmöglichkeiten noch über strategische Unterstützung. Sie scheinen von europäischen Förder- und Forschungseinrichtungen nicht wahrgenommen zu werden. ECOLISE hat sich aktiv an der Entwicklung mehrerer neuer EU-Programme beteiligt, u.a. an einem neuen Programm für so genannte Smart Villages, das 2021 startet. Hier, wie auch ansonsten, hat sich ECOLISE für eine Anerkennung der hohen Bedeutung eingesetzt, die zivilgesellschaftlichen Gruppen bei der erfolgreichen Umsetzung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele zukommt. Bürgerinitiativen stellen eine wesentliche Triebkraft für einen tiefgreifenden Wandel in Europa dar. Oft veranlassen sie andere in ihrer Umgebung oder sogar andernorts, die Dinge aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten und das eigene Denken, Handeln und Leben zu verändern. Von daher ist es entscheidend, engagierte Basisbewegungen zu stärken. Hierfür müssen Verfahren und Bürokratie einfacher werden, es muss ein kontinuierlicher Dialog zwischen CLIs und den Behörden entstehen und gepflegt werden und die Hürden und Hemmnisse bei der Bewerbung um öffentliche Fördergelder müssen für CLIs abgebaut werden.

## Neue GAP schützt die Umwelt und liefert Resultate für Verbraucher\*innen und Landwirt\*innen

Die erste Auswertung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum 2021-27 wurde kürzlich veröffentlicht. Der EU-Kommission zufolge sind die Ergebnisse der GAP überaus positiv in Hinsicht auf die Etablierung ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit in der europäischen Landwirtschaft. Nach offiziellen Angaben flossen 54% des gesamten GAP-Budgets in Maßnahmen gegen den Klimawandel und zum Schutz der Umwelt, wobei Umweltprogramme den größten Posten der Direktzahlungen ausmachten und Marktmaßnahmen Teil der ersten Säule der GAP sind. Laut Victor Ionescu, dem Vorsitzenden des parlamentarischen Umweltausschusses, hat die neue GAP Mitgliedsstaaten vor einer Armutsspirale in ländlichen Regionen, Landflucht und Umweltzerstörung bewahrt. Er betonte: „In Zeiten, in denen

EU-Mitgliedsstaaten mehr Entscheidungsfreiheit über die von ihnen als unterstützenswert erachteten Maßnahmen erhalten, war es unerlässlich für das Parlament, den Rat zu überzeugen, dass 70% des GAP-Budgets für Klima- und Umweltmaßnahmen reserviert werden sollten.“ Er fügte hinzu: „Sicherzustellen, dass die neue GAP Landwirt\*innen belohnt, die Umweltressourcen schützen, war ein weiterer wichtiger Schritt, um die Glaubwürdigkeit der GAP wiederherzustellen, die ganze 40% des EU-Budgets ausmacht, denn viele europäische Bürger\*innen kritisierten, dass die GAP-Zahlungen unfair verteilt seien.“ Der rumänische EU-Abgeordnete erwartet, dass zum Ende der GAP-Programmlaufzeit (2027) dreiviertel des Budgets zur Unterstützung nachhaltiger Landwirtschaft verwendet werden und dass 100% der Nutznießer mindestens einer der freiwilligen Umweltmaßnahmen zuzurechnen sein werden.

Marie Jacqmotte, eine französische Bio-Milchbäuerin, berichtete uns: „Nach 20 Jahren in der Landwirtschaft war meine Umstellung auf Bio 2019 komplett abgeschlossen. Damals hatte ich schwierige Zeiten mit niedrigen Milchpreisen zu überstehen. 2023 nahm ich dann an einem Programm für Tierhaltung auf hohem Niveau teil. Meine Kühe sind jetzt gesünder und glücklicher und ich bekomme einen deutlich besseren Preis für meine Milch.“ Frau Jacqmottes Geschichte ähnelt den Erfahrungen vieler anderer in ganz Europa, denn immer mehr Landwirt\*innen profitieren von Umweltprogrammen.

## Ein europäisches System für nachhaltiges Saatgut

Saat steht am Anfang unserer Nahrungskette. Der Weg zu einem nachhaltigen Nahrungsmittelsystem beginnt insofern mit Saatgut. In Europa verkaufte Saat ist üblicherweise unter geistigen Eigentumsrechten (Intellectual Property Rights, IPRs) oder mit Patenten geschützt. Landwirt\*innen, die solch kommerzielles Saatgut für ihre einjährigen Kulturen verwenden, dürfen das von ihnen gekaufte Saatgut aussäen und die entwickelten Feldfrüchte verkaufen, doch sie dürfen daraus kein Saatgut für die folgende Saison gewinnen und später verwenden, es sei denn, sie zahlen einen Zusatzbetrag an die Person, die über die IPR bzw. Patentrechte verfügt. Derartiges Saatgut ist gemäß des aktuellen Be-

**War es unerlässlich für das Parlament, den Rat zu überzeugen, dass 70% des GAP-Budgets für Klima- und Umweltmaßnahmen reserviert werden sollten.**

darfs industrieller Landwirtschaft gezüchtet, wo Gleichförmigkeit gefragt ist und genetische Vielfalt nur bedingt geduldet wird. Hinzukommt, dass es keinen Sinn macht, F1-Hybrid-Saatgut (die meisten Gemüsesaaten auf dem Markt gehören zu dieser Gruppe) selbst zu vermehren, weil es sich

nicht korrekt fortpflanzt. Stattdessen kommen Landwirt\*innen nicht darum herum, ihr Saatgut jedes Jahr von IPR- bzw. Patenteigner\*innen zu kaufen. Es lässt sich außerdem beobachten, dass bei Erlöschen des gesetzlichen Anspruchs auf

eine bestimmte Pflanzensorte das jeweilige Saatgut regelmäßig vom Markt verschwindet. Obendrein ist das Geschäft mit Saatgut in Europa ein Oligopol, nur einige wenige Unternehmen kontrollieren den Markt weitestgehend. Diese Unternehmen stellen auch Agrochemikalien her und vertreiben ihr Saatgut oft im Paket mit einem Chemikalienangebot. Dies bedeutet, dass ihre Saat auf dem europäischen Markt so gezüchtet ist, dass sie nur „produktiv“ ist, wenn sie in Verbindung mit den entsprechenden Chemikalien verwendet wird.

Es gibt viele Pflanzensorten, auf deren Saat kein IPR- oder Patentanspruch besteht und die zudem auch noch robuster sind und somit weniger oder gar keine agrochemischen Zusätze benötigen. Bis zu diesem Jahr war der Handel mit diesen Sorten in Europa nicht gestattet. Die Vermarktungsaufgaben des Registrierungssystems gemäß der vorherigen ge-

setzlichen Auflagen schützten die natürlichen Eigenschaften dieser Sorten nicht, vor allem nicht ihre genetische Vielfalt.

Die Einführung der neuen EU-Bio-Verordnung 2018 machte die Sorten deutlich zugänglicher für den Handel und die Gewinnung eigenen Saatguts. Die Verordnung erlaubte es Bio-Bäuer\*innen ab 2021 genetisch weniger homogenes Saatgut und Pflanzenmaterial (sogenanntes „heterogenes Material“) zu verwenden und genehmigte die Vermarktung dieses Saatguts ausschließlich für bio-zertifizierte Landwirt\*innen.

Die neue europäische Saatgutverordnung gestattet es nun allen Landwirt\*innen, auch traditionellen landwirtschaftlichen Kleinbetrieben, die nicht unbedingt bio-zertifiziert sind, heterogene Saatensorten zu verwenden, die noch nicht im europäischen Sortenkatalog registriert sind. Somit können sie ihr angefallenes Saatgut weiterverwenden und / oder anderen Landwirt\*innen ihre geernteten Saaten abkaufen und legal aussäen. Auf diese Weise können Landwirt\*innen und diejenigen, die angefallenes Saatgut sammeln, die Qualität der Saaten verbessern und partizipativ neue Pflanzensorten züchten.

Ein Vertreter für Kleinbauern in Europa kommentierte: „Die Zucht neuer Sorten ist nicht mehr ausschließlich Privileg multinationaler Saatgut- und Agrochemiekonzerne, die seit Jahrzehnten unsere Nahrungsketten kontrollieren. Wir begrüßen sehr, dass die EU diesen

Weg eingeschlagen hat, um Landwirt\*innen wieder mehr Einfluss zu gewähren.“

## Das sprechende Etikett: Ab jetzt kennen wir den wahren Preis!

Vor zwei Jahren, denen eine vier Jahre lange Debatte im Europäischen Parlament vorangegangen war, verabschiedete die EU eine Richtlinie, die den Datenaustausch für europaweite Preisetiketten (European Common Price Tag Data Exchange, kurz ECPT-DE) ins Leben rief, bekannt unter der Bezeichnung „das sprechende Etikett“. Mittlerweile verwendet es die Mehrheit der EU-Mitgliedsländer. Alle Unternehmen und Händler auf dem EU-Binnenmarkt sind von nun an verpflichtet, ihre Produkt- und Dienstleistungsinformationen über das interoperable

Datensystem zu teilen und über das Sprechende Etikett zu verknüpfen. Wer nun ein Mobilgerät auf das sprechende Etikett richtet, erhält mehr Informationen als je zuvor, und so können mehr Menschen fundiertere Kaufentscheidungen treffen.

Durch die Kombination der besten Bewertungs-, Kennzeichnungs- und Garantiesysteme ist es nun möglich, alle aktuellen Informationen ab-

zurufen in Bezug auf:

- die Umweltauswirkungen eines bestimmten Produkts
- die zu seiner Produktion oder seines Betriebs benötigte Energie
- die Rückverfolgung aller Inhaltsstoffe oder Komponenten zu ihrem Herstellungsort
- Einzelheiten, inwiefern ein Produkt womit behandelt wurde
- die Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung entlang der Lieferkette (mit Fotos und Videos)
- Kooperativen- oder andere Unternehmensstrukturen
- die gesellschaftliche Wirkung und Nutzen für die Bevölkerung

Das sprechende Etikett ermöglicht außerdem mehr Preistransparenz. Es stellt die Zusammensetzung von Preisen dar und vergleicht diese mit ähnlichen Produkten über einen Mechanismus zur Ermittlung des Durchschnittspreises.

Dieser Mechanismus verhindert Preis-Dumping und überhöhte Preise und zeigt einen „solidarischen Preis“ an, der es seit seiner Einführung vielen Verbraucher\*innen ermöglicht hat, zuvor unerschwingliche Produkte

zu kaufen, weil sie dank eines zwischen Verbraucher\*innen geteilten Einkaufssystems und eines Steuernachlasses bis zu 20% weniger zahlen.

Kritische Stimmen bemängeln, dass in vielen Fällen, vor allem bei Waren, die in die EU importiert werden, nicht alle Informationen erhältlich sind. Nichtsdestotrotz sinkt der Anteil unvollständiger Profile zusehends, während das System „Sprechendes Etikett“ immer mehr Durchsetzung erfährt (Unternehmen, die sich weigern, ihre Informationen zu teilen, müssen mit Strafen rechnen). Es wurde sogar ein Anstieg an Unternehmen verzeichnet, die zusätzliche Angaben über die von ihnen unterstützten positiven Initiativen machen.

**Das „sprechende Etikett“ erleichtert Verbraucher\*innen auf Knopfdruck beim Einkauf sachkundigere Entscheidungen zu treffen.**





## Tweets of the day

 @IFOAMEU

Nachfrage nach #Bio- und #FairTrade-Lebensmitteln in öffentlichen #Schulen & #Krankenhäusern zwischen 2020 und 2023 massiv angestiegen. Auch viele Rettungsdienste verlangen #nachhaltigeTextilien für ihre Uniformen! #öffentlicheBeschaffung #SDG12

 @RIPEStwit

Studie belegt, dass 60% der Behörden in der #EU ethische Banken mit der Führung ihrer Konten beauftragen! #ethicalbanks

 @FairTradeFTAO

Ab heute tritt die neue #EU-Verordnung zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in allen EU-Mitgliedsstaaten in Kraft, ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Verstößen gegen die #Menschenrechte in unseren Lieferketten! #HRDD #TradeFairLiveFair

 @Ecolise

Gute Neuigkeiten! Die Präsidentin der @EU\_Commission kündigte in ihrer Jahresrede zur Lage der Union an, dass diese Reden zukünftig nicht nur über den Stand der Wirtschaft, sondern auch über Treibhausgasemissionen sowie die Gesundheit und das Wohl der Bevölkerung Auskunft geben werden! #BeyondGDP



Junge europäische Unternehmer\*innen haben großes Interesse daran Teil von Start-Ups zu sein, die der Gesellschaft nutzen und die Umwelt schützen. © David Costa/ CIDSE

## Europas Sozial- und Solidarwirtschaft erreicht neues Niveau

Das Weltsozialforum zu transformativen Wirtschaftssystemen, das 2020 in Barcelona stattfand, stellte eine gute Gelegenheit dar, die wachsende Zahl der von Bürger\*innen geführten Unternehmen vorzustellen, deren Geschäftsmodelle darauf hinauslaufen, dass die Wirtschaft etwas für Mensch und Umwelt leistet. Beispiele reichen von Kooperativen, die elektronische Komponenten recyceln und wiederverwenden, bis zu ethischen Banken und Fair-Handels-Unternehmen, die Behörden in ganz Europa mit ihrem Kaffee beliefern.

Junge europäische Unternehmer\*innen

gründen mit großem Interesse Firmen, die mehr tun als nur Dividenden an ihre Teilnehmer\*innen auszuschütten. Sie wollen an der Gründung von Startups beteiligt sein, die zusätzlich positive soziale Dividenden abwerfen.

In Rückblick auf ihre Erfolge während ihrer Amtszeit 2019-2024 meinte die Präsidentin der Europäischen Kommission: „Am meisten bin ich stolz darauf, dass wir einen eigenen EU-Kommissar für Sozial- und Solidarwirtschaft geschaffen haben und auf unsere Entscheidung im Jahr 2020, soziale und solidarische Unternehmen zu einem vorrangigen Aktionsfeld sowohl für die Senkung von Arbeitslosigkeit und Reduzierung von gesellschaftlicher Ungleichheit als auch beim Kampf gegen den Klimawandel zu erklären.“

Der Bürgermeister von Lyon unterstrich: „Seit 2010 fördert unsere Stadt den Fairen Handel

und soziale und solidarische Unternehmen, was lobend während der Verleihungszeremonie des ersten europäischen Fair Trade City Award 2018, verliehen durch die europäische Handelskommissarin, erwähnt wurde. Wir begrüßen sehr, dass die Europäische Kommission sich 2020 dazu entschlossen hat, ihre Unterstützung für den Fairen Handel und soziale und solidarische Unternehmen über interne und externe Maßnahmen der EU auszuweiten.“

Die vorliegende Ausgabe der Zeitung „The Fair Times“ ist rein fiktiv, vorgeblich im Jahr 2024 verfasst. Es handelt sich hierbei um Kampagnenmaterial zur Europawahl 2019, das Beispiele vorstellen soll, wie die EU Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch politisch unterstützen könnte und welche Rolle EU-Abgeordnete dabei spielen könnten. Entstanden ist die Zeitung im Rahmen des von der EU-Kommission geförderten Projekts „Trade Fair Live Fair“. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei den Partnerorganisationen der Kampagne. Die hier geäußerten Ansichten und Meinungen sind allein jene der Verfasser\*innen und spiegeln nicht den offiziellen Standpunkt der Europäischen Union wider.

**Fair Trade**  
ADVOCACY OFFICE

**IFOAM**  
EU GROUP

**ripest**  
europe  
Solidarity Economy Europe

**CIDSE**

**ECOLISE**



Zum Lesen der Zeitung online und für weitere Informationen zur Kampagne bitte einfach diesen QR-Code scannen. Alternativ führt auch eine Internetsuche mit dem Suchbegriff „thefairtimes.eu“ zum Ziel

